

vbw / Max-Joseph-Straße 5 / 80333 München

Herrn Bundesminister

████████████████████  
Bundesministerium für Digitales und Verkehr  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

München, 26. Juni 2024

## **Sprache Albanisch bei der beschleunigten Berufskraftfahrerqualifikation**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
lieber Herr ██████████,

nach der Verordnung über Ausnahmen für Inhaber ukrainischer Fahrerqualifizierungsnachweise sowie zur Änderung der Berufskraftfahrerqualifikationsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften soll es ausländischen Berufskraftfahrern künftig möglich sein, die Prüfung für die beschleunigte Grundqualifikation nach § 2 Abs. 7a n. F. Berufskraftfahrerqualifikationsverordnung (BKrFQV) auch in ukrainischer Sprache abzulegen.

Bedauerlicherweise wurde die Gelegenheit versäumt, im gleichen Zug die Sprache Albanisch in den Katalog der zugelassenen Prüfungssprachen nach § 2 BKrFQV aufzunehmen.

Gleiches gilt für die zugelassenen Sprachen der theoretischen Fahrerlaubnisprüfung entsprechend Ziff. 1.3 der Anlage 7 Fahrerlaubnisverordnung (FeV). Hier wäre es wünschenswert, die Liste der aktuell zwölf möglichen Sprachen um eine albanische Option zu erweitern.

Für die alle fünf Jahre erforderlichen Module der Berufskraftfahrerweiterbildungen wäre es gleichermaßen sinnvoll, digitale Lehrgänge zusätzlich auch in Albanisch anzubieten.

Für die Berücksichtigung der albanischen Sprache bei Prüfungen und Weiterbildungen gibt es insbesondere bei Berufskraftfahrern sowohl politische als auch wirtschaftliche Argumente.

Albanien befindet sich bereits seit mehreren Jahren in Beitrittsverhandlungen mit der EU, das erforderliche Screening wurde bereits mit guten Erfolgsaussichten eingeleitet. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Albanien wird immer intensiver.

Anlässlich des Gipfeltreffens "EU-Westbalkan" wurde in der sogenannten „Erklärung von Brüssel“ vom 13. Dezember 2023 auch im Namen der Bundesregierung die künftige Mitgliedschaft des Westbalkans bekräftigt und gefordert, den Beitrittsprozess allseitig zu beschleunigen.

Hierfür sind nicht nur schnellere Reformen in den Westbalkanländern erforderlich. Auch die EU-Mitgliedsstaaten müssen die Integration ihrer künftigen Mitglieder vorantreiben und frühzeitig alle erforderlichen Grundlagen schaffen. Erleichterungen durch mehrsprachige Verwaltungs- und Prüfungsangebote ebnen den Weg in die kommende Freizügigkeit und müssen so schnell wie möglich eingeleitet werden.

Darüber hinaus gewinnt Albanien bei der Rekrutierung dringend benötigter Fachkräfte, zu denen auch Berufskraftfahrer zählen, für Deutschland zunehmend an Bedeutung.

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hat in der albanischen Hauptstadt Tirana ein Vertretungsbüro eröffnet, das von der Bayerischen Staatsregierung unterstützt wird und helfen soll, Fachkräfte aus Albanien nach Deutschland zu begleiten. Die Vertretung dient dem Handel und der Stärkung deutscher Investitionen, der Förderung der Weiterbildung im Partnerland und den Beschäftigungsperspektiven für albanische Fachkräfte.

Bayerns Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, bezeichnete im Juli 2023 Albanien zu Recht als wichtigen Partner mit großem Potenzial und als Stabilitätsfaktor im Westbalkan, den zu fördern ein staatliches Anliegen sei.

Ein Erfolg der vbw bei der Gewinnung ausländischer Berufskraftfahrer würde bundesweit Wirkung entfalten. Berufskraftfahrer sichern Logistik über die Grenzen Bayerns, sogar Deutschlands hinweg und sind gerade für unsere großen Flächenländer von existenzieller Bedeutung. Lastkraftwagen transportieren von München bis Hamburg die Güter, die unsere Wirtschaft braucht.

Ich bitte Sie daher dringend um Prüfung, ob die albanische Sprache in den oben angeführten Regelungsbereichen als Alternative zur deutschen Sprache bei Qualifikationen, Weiterbildungen und Prüfungen gesetzlich zugelassen werden kann. Ein positives Feedback anschließend würde mich freuen.

Der legislative Aufwand bei der Berücksichtigung dieser europäischen Sprache eines künftigen Mitgliedslandes der EU (neben existierenden, eher ungewöhnlichen Optionen wie Kurmandschi und Hocharabisch) dürfte überschaubar sein und steht voraussichtlich in keinem Verhältnis zu den resultierenden Chancen für die deutsche Fachkräftesicherung.

Für Fragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Gerne kann sich Ihr Büro auch an meinen Mitarbeiter [REDACTED] wenden.

Mit besten Grüßen

**Anlage**

vbw Lobbyregisterauszug

Bertram Brossardt